

PRESSEMITTEILUNG

**Bundestagswahl 2025:
Wahlprogramme der großen Parteien enttäuschen bei Altersvorsorge und
Aktionärsrechten – Politik muss endlich konsequent handeln**

Am 23. Februar 2025 findet die vorgezogene Bundestagswahl in Deutschland statt, die durch das Auseinanderbrechen der Ampelregierung notwendig geworden ist. Dass diese Wahl extrem wichtig für die künftige Entwicklung unseres Landes ist, betonen nicht nur die wahlwerbenden Parteien, sondern auch viele Beobachter im In- und Ausland. Deutschland ist in einer wirtschaftlichen Stagnation gefangen, die Transformation der Wirtschaft stockt, Wachstumsimpulse werden schmerzlich vermisst, auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie etwa die alternde Gesellschaft gibt es nach wie vor keine befriedigenden Antworten und Konzepte. Neben einer aktiven Wachstumspolitik hat unserer Ansicht nach daher nun vor allem eine grundlegende Reform der Altersvorsorge und eine spürbare Stärkung des Kapitalmarktes höchste Priorität. Die *Initiative Minderheitsaktionäre* hat deshalb die Programme der wahlwerbenden Parteien dahingehend untersucht und ein erstes Fazit gezogen.

Analyse fällt ernüchternd aus

Aus Sicht der *Initiative Minderheitsaktionäre* fällt die Analyse der Wahlprogramme im Hinblick auf Altersvorsorge, Aktienkultur und Vermögensaufbau ernüchternd aus. Lediglich die FDP erneuert ihre bereits in der Ampelregierung vorgetragenen Pläne zur Einführung einer gesetzlichen Aktienrente nach schwedischem Vorbild, welche von vielen Experten als dringend notwendig erachtet wird. Daneben soll auch die private Altersvorsorge über die Einführung eines sogenannten Altersvorsorgedepots gestärkt werden. Diese Maßnahme nach Vorbild des amerikanischen 401k-Depots haben wir als *Initiative Minderheitsaktionäre* von Anfang an unterstützt. Dieses Depot sollte steuerlich gefördert sein und den langfristigen Vermögensaufbau für die Altersvorsorge ermöglichen – auch für alle Selbstständigen.

FDP: Ein umsetzungswürdiges Wahlversprechen

Im Wahlprogramm der FDP steht: „Wir Freie Demokraten wollen Deutschland von einem Land der Sparer zu einem Land der Aktionäre machen. Dazu bedarf es einer Kultur des langfristigen Investierens. Wir wollen eine nationale Finanzbildungsstrategie, um die finanzielle Bildung in der Breite der Gesellschaft zu verbessern, beispielsweise durch ein bundesweites Pflichtfach an allgemeinbildenden Schulen.“ Dies ist ein Vorhaben, das aus Sicht der *Initiative Minderheitsaktionäre* unbedingt umgesetzt werden sollte. Gerade die mangelnde Finanzbildung in Deutschland verhindert eine vernünftige und in der Breite eigenständige Vermögensplanung in unserem Land. Auch steuerliche Verbesserungen sind wichtig, um die eigene Vorsorge zu ermöglichen. Als Maßnahmen nennen die Freien Demokraten etwa die Wiedereinführung einer Spekulationsfrist bei der Veräußerung von Wertpapieren.

CDU/CSU: Nichts zur Verbesserung der Aktienkultur

Die derzeit in den Umfragen führende Union hat neben ihrem Wahlprogramm eine „Agenda 2030“ vorgelegt, mit der sie die Wirtschaft ankurbeln und wieder für das notwendige Wachstum in Deutschland sorgen will. Leider findet sich in beiden Unterlagen der CDU als auch der CSU nichts über die Rechte von Aktionären oder die Verbesserung der Aktienkultur. Für Kinder bzw. Jugendliche

zwischen 6 und 18 Jahren plant die Union zwar eine „Frühstart-Rente“ – ein privatwirtschaftlich organisiertes Depot, in das zunächst der Staat Geld einzahlt. Angelehnt an das „Kinderstartgeld“, welches vom Sachverständigenrat vorgeschlagen wurde, sollen Minderjährige ab sechs Jahren pro Monat 10 Euro bekommen, um diese in Wertpapieren anzulegen. Diese Idee ist grundsätzlich nicht schlecht, ermutigt sie junge Menschen doch früh, den Umgang mit Aktien zu lernen. Ein Beitrag zu Lösung des demografischen Problems der umlagefinanzierten Rente ist dieses Vorhaben allerdings nicht. Bereits jetzt überweisen die Steuerzahler über 110 Milliarden Euro im Monat an die Rentenkasse, da die Beiträge nicht ausreichen. Nicht alles wird sich durch wirtschaftliches Wachstum lösen lassen.

SPD wirbt mit Stabilität beim Rentenniveau – ohne Aktien

Die Sozialdemokraten wiederholen ihr Mantra der Stabilität beim Rentenniveau. Es soll weiterhin bei 48 Prozent festgeschrieben werden. Eine Erklärung, wie das finanziert werden soll, bleibt die SPD schuldig. Da die SPD eine Lockerung der Schuldenbremse anstrebt, läuft es wohl darauf hinaus, dass die Rentenkasse weiter massiv bezuschusst werden soll – auf Kosten der jüngeren, arbeitenden Bevölkerung. Generationengerecht ist das nicht. Eine Aktienrente lehnt die SPD weiterhin ab. Im Gegenteil: sie zieht die Daumenschrauben bei der Besteuerung von Aktiengewinnen weiter an. Es soll eine Finanztransaktionssteuer kommen, der Solidaritätszuschlag soll für Kleinaktionäre erhalten bleiben und generell Kapitalgewinne mit bis zu 45 Prozent versteuert werden. Erhöht werden sollen überdies die Erbschafts- und Schenkungssteuer, eine Vermögenssteuer soll eingeführt werden. Mit solchen Vorschlägen werden Investoren aus dem Land getrieben.

Bündnis 90/Die Grünen: Können drängende Probleme nicht sinnvoll angehen

Die Grünen, angeführt von Kanzlerkandidat Robert Habeck, möchte einen sogenannten „Deutschlandfonds“ einrichten, der dem „Investitionsstau im dreistelligen Milliardenbereich“ begegnen soll. Er soll Bund, Länder und Kommunen im Bereich Infrastruktur unterstützen, keine laufenden Ausgaben decken. Die Schuldenbremse wollen die Grünen „sinnvoll modernisieren“. Dieses Vorhaben ist also deckungsgleich mit der SPD, außer dass die Gelder des Staates nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden sollen. „Klima- und umweltschädliche Subventionen“ will die Partei abbauen. Zum Thema Altersvorsorge findet sich im grünen Wahlprogramm, dass Menschen, die über die Regelaltersgrenze hinaus erwerbstätig sein wollen, „Anreize für längeres Arbeiten“ geboten werden sollen. Als „ersten Schritt auf dem Weg zu einer Bürgerversicherung“ sollen auch Abgeordnete und perspektivisch Beamte in die gesetzliche Rente einzahlen. Ein „öffentlich verwalteter Bürger*innenfonds, der Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt“, soll „geringe und mittlere Renten stärken“. Auch hier handelt es sich um reine Absichtserklärungen. Wie sollen eine solche Bürgerversicherung oder ein solcher Bürgerfonds aussehen? Werden Rentenbeiträge dort eingezahlt? Können die Rentner über ein Vermögen verfügen? Wird die Staatskasse entlastet? Diese Punkte werden im Wahlprogramm nicht adressiert. Längeres Arbeiten allein wird nicht die Lösung sein. Vom Kapitalmarkt ist im Programm keine Rede, nur von Dirigismus und Planwirtschaft. Aus Sicht der *Initiative Minderheitsaktionäre* können die Grünen die drängenden Probleme unserer Zeit nicht sinnvoll lösen.

Der Vollständigkeit halber: AfD und BSW folgen Beispiel Österreichs

Die Alternative für Deutschland (AfD) und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) legen ebenfalls Pläne zur Reform der Rente vor. Beide orientieren sich am österreichischen System, wo auch Beamte, Freiberufler und Politiker in die Rentenkasse einzahlen. Das BSW will das Rentenniveau auf etwa 53 Prozent anheben, die AfD gar auf 70 Prozent. Rosige Zeiten also für Boomer. Die zusätzlichen Belastungen sollen durch höhere Bundeszuschüsse ausgeglichen werden, und damit,

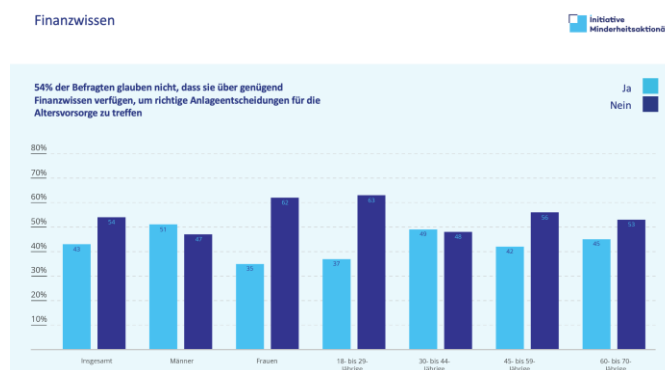
dass versicherungsfremde Leistungen nicht mehr entnommen werden sollen. Das macht rechnerisch allerdings wenig Sinn, denn die Belastung der Arbeitnehmer wird trotzdem extrem ansteigen. Zumal das BSW eine Mindestrente von bis zu 1500 Euro anstrebt. Wer soll das bezahlen? Der große Unterschied zwischen der AfD und dem BSW wird bei der Einbeziehung des Kapitalmarkts deutlich: Ähnlich wie die FDP will die AfD ein gefördertes Aktiendepot à la USA einführen, das zusammen mit den Arbeitgebern vermögenswirksame Leistungen vor Besteuerung anlegen lässt. Darüber hinaus schlägt die AfD vor, für jedes neugeborene (deutsche) Kind einen Fondssparplan für die Altersvorsorge einzurichten, quasi als Startkapital. Hier ist von einer Gesamtförderung von über 21.000 Euro die Rede bis zum achtzehnten Lebensjahr. Gänzlich ablehnend gegenüber einer Aktienrente ist das BSW. Für Sahra Wagenknecht soll es keine „Casino-Rente“ geben.

Aktienkultur in Deutschland unterentwickelt

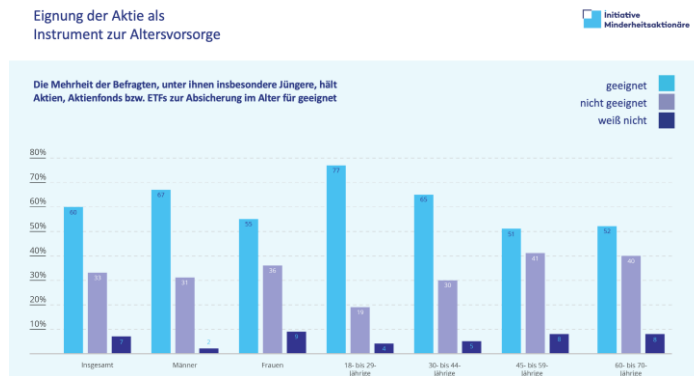
Im Vorfeld der Erarbeitung der Wahlprogramme hat die *Initiative Minderheitsaktionäre* bei allen relevanten Parteien ihre Positionen hinterlegt und dargelegt, welche Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode dringend angegangen werden müssen – ungeachtet möglicher Koalitionsvarianten. Eine deutliche Verbesserung der Aktienkultur in Deutschland ist die Basis für finanzielle Sicherheit im Alter. Deutschland ist mit knapp 8 Prozent beim Aktienbesitz unterentwickelt. Viele Studien zeigen, dass eine höhere Aktivität jedes Einzelnen, aber auch des Staates am Kapitalmarkt eine Verbesserung der Altersvorsorge und der sozialen Absicherung bringen. Der Staat kann hier nicht alles regeln. Die Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rente ist schon längst an ihre Grenzen gestoßen. Deshalb braucht es nötiger denn je eine spürbare Verbesserung der Aktienkultur in Deutschland. Dazu gehört auch, die Rechte von Aktionären endlich deutlich zu stärken. Dies ist von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Wahlprogramme der meisten Parteien haben hierzu keine oder nur unbefriedigende Antworten geliefert.

Zusatzinfos:

Wie oben erwähnt, krankt Deutschland seit langer Zeit an einer schwachen Kapitalmarktkultur. Der Einsatz gesparten Vermögens wird sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich nicht ausreichend genutzt. Das muss sich ändern! Gleichzeitig ist das Wissen über Finanzzusammenhänge schwach ausgebildet. 54 Prozent der Befragten in einer im Jahr 2024 im Auftrag der Initiative Minderheitsaktionäre durchgeführten Forsa-Umfrage glauben nicht, dass sie über genügend Finanzwissen verfügen, um richtige Anlageentscheidungen für die Altersvorsorge zu treffen.



Die Aktie muss als Vorsorge- und Anlageinstrument für breite Schichten der Bevölkerung wieder attraktiver werden, denn in Deutschland ist die Sparquote spitz, das Finanzvermögen aber nur Mittelmaß im europäischen Vergleich → wir bleiben also deutlich hinter unseren Möglichkeiten. Knapp 60 Prozent der Deutschen halten mittlerweile Aktien, Aktienfonds und ETFs als Instrumente der Altersvorsorge für geeignet. Das muss die Politik endlich nutzen und viele Maßnahmen zur Stärkung der Aktie nun mit Nachdruck einleiten. Denn die Zeit drängt.



Die Möglichkeiten des Vermögensaufbaus als Teil der Altersvorsorge insbesondere für jüngere Generationen durch eine kapitalbasierte Rente müssen gestärkt werden:

Zentrale Punkte:

- Der Aufbau einer kapitalbasierten Rente in der gesetzlichen Rente ist unabdingbar / Die Einführung des sogenannten Generationenkapitals ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ausreichend
- Die Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge hin zu einem Modell wie 401K in den USA, also freiwillige private Vorsorge, muss konsequent vorangetrieben werden
- Die Förderung der individualisierten Aktienrente tut dringend Not / Das "Altersvorsorgedepot" oder eine ähnliche Lösung muss so schnell wie möglich noch in der neuen, bereits in Kürze beginnenden Legislaturperiode umgesetzt werden



Anschrift:

Initiative Minderheitsaktionäre e.V.
Leipziger Platz 9
10117 Berlin
Telefon: +49 (0) 174 306 5556

Email: info@initiative-minderheitsaktionaeere.org
Internet: www.initiative-minderheitsaktionaeere.org
Vertreten durch: Robert Peres, Rechtsanwalt
Jahnstrasse 30, 65185 Wiesbaden